

Demokratie im Zeitalter der anthropogenen ökologischen Zerstörung: Brauchen wir neue Wege?

Heutige Demokratien und diejenigen, die sie gestalten, sind mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Befürworter der demokratischen Partizipation müssen gegen eine Vielfalt ineinandergreifender Bedrohungen kämpfen. Ich brauche nur an die diesjährigen Landtagswahlen in Deutschland zu erinnern. Ich meine nicht nur die Wahlen am 6. September in Sachsen-Anhalt, wo die rechtsradikale AfD einen Rekordergebnis von circa 44% bekam und damit die stärkste politische Kraft geworden ist. Ich meine auch die Wahlen im März in Rheinland Pfalz sowie in Baden Württemberg, wo die rechtsradikale AfD jeweils 19,5% und 18,8% der Stimmen bekam. Die Ergebnisse dieser Wahlen legen die Vermutung nahe, dass die Demokratie in Deutschland gegenwärtig stark gefährdet ist. Ebenfalls naheliegend ist die Vermutung, dass der Erfolg der AfD durch eine immer weiter steigende politische Unzufriedenheit gekoppelt mit einer demokratischen Entfremdung zu erklären ist; die demokratische Entfremdung mag wiederum die Auffassung der rechtsradikalen Parteianhänger erklären, dass nur eine starke, von oben bestimmende politische Führung die vorherrschenden sozialen Missstände in Deutschland bewältigen kann. Hinzu kommt die weitverbreitete Ansicht, dass die heutige Politik nur scheinbar dem „Demos“, also dem Volk, das sie durch Wahlen legitimiert, dient und eigentlich ausschließlich die Interessen der gesellschaftlich privilegierten Schichten befördert. Solche Empfindungen und Wahrnehmungen, die nicht ohne weiteres zurückzuweisen sind, werden auf raffinierte

Weise mit Hilfe der neuen sozialen Medien von mächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen manipuliert und dadurch noch verstärkt.

Die bedrohte Lage der Demokratie in Deutschland ist keineswegs außergewöhnlich. Die oben erwähnten Herausforderungen für die deutsche Demokratie scheinen ein globales Phänomen widerzuspiegeln. Die demokratische Partizipation ist überall gefährdet: Weltweit ist eine zunehmende demokratische Entfremdung zu beobachten; hinzu kommt ein steigender politischer Autoritarismus in immer neuen Abwandlungen, manche mit faschistischen Ausrichtungen.

Ein weiterer und äußerst wichtiger Aspekt der komplexen Herausforderungen, die sich gegenwärtig für die demokratische Partizipation stellen, ist die katastrophale ökologische Lage, in der sich alle Menschen weltweit befinden, auch wenn diese Katastrophe in weiten Teilen der demokratisch verfassten Gesellschaften geleugnet wird. Für Fürsprecher der Demokratie ergibt sich aus der ökologischen Katastrophe ein Dilemma: Die immer weiter fortschreitende anthropogene Zerstörung des Planeten scheint wirksame politische Handlung dringend zu verlangen. Die Dringlichkeit der Handlungsnotwendigkeit steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zur demokratischen Partizipation. Denn die demokratische Partizipation, besonders wenn sie eine deliberative Form nimmt, ist keine Aktion, die schnell zu erledigen ist, sondern ein langer Prozess, der viel Zeit braucht und bestenfalls nur minimal beschleunigt werden kann.

Ferner sind heute alle Menschen der Gefahr ausgesetzt, wenn sie das Internet benutzen, sich der Manipulationsmacht riesiger Technologiekonzerne auszuliefern (des sogenannten „Big Tech“), nicht nur in den Bereichen des Staats und der Rechtssetzung, sondern auch in den Bereichen der Kultur, der Unterhaltung und des Konsums. Diese Technologiekonzerne

können Werte und Weltanschauungen der Nutzer beeinflussen, aber auch steuern, welche Informationen für sie in einer Welt des Informationsüberflusses die direkteste Verfügbarkeit haben. Und nicht zuletzt können digitale Medien Menschen durch ihre digitalen Echokammern der Erfahrung berauben, in echte, kontroverse Dialoge mit ihren Mitmenschen zu treten.

Diese Vielfalt an gegenwärtigen Herausforderungen für die demokratische Partizipation scheint eng mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus zusammenzuhängen, der inzwischen nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern selbst eine ganze Lebensform geworden ist. Wie Karl Marx vor fast 200 Jahren schon festgestellt hat, untergräbt der Kapitalismus die soziale Gleichheit, die eine wesentliche materielle Vorbedingung für die demokratische Partizipation bildet. Darüber hinaus ist die durch den Kapitalismus herbeigeführte soziale Ungleichheit mit ein Grund für die gegenwärtige demokratische Entfremdung. Die neoliberalen Abwandlungen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten haben nicht nur diese Entfremdung intensiviert und erweitert: Sie haben auch die abnehmende Macht des Staats und die immer mehr zunehmende Macht des Markts kaschiert, mit dem Erfolg, dass die Menschen, die am meisten unter den bestehenden sozialen Missständen leiden, weiterhin ihren Zorn gegen die Staatspolitik richten, wo sie sich eigentlich gegen den Kapitalismus wenden sollten. Stattdessen ist das Gegenteil passiert. In den letzten Jahrzehnten hat sich ein neoliberales Bild des „guten Lebens“ weitgehend durchgesetzt, das zur Verehrung eines für liberale Demokratien neuen Stereotyps führt: einer Persönlichkeit, die sich durch ihre einzigartige, innovative Brillanz von den Massen abhebt und keinen Hehl daraus macht, dass für sie das eigene Wohlergehen am wichtigsten ist. Dieses nicht nur von reichen, gesellschaftlich privilegierten, sondern auch von armen, gesellschaftlich unterprivilegierten Menschen weitgehend geteilte Vorbild geht Hand in

Hand mit dem Ruf nach Privatisierung und Deregulierung, begleitet von staatsfeindlichen Tendenzen und einer Verachtung demokratischer Prozesse.

Das Bild unseres politischen Zeitalters, das ich in groben Zügen skizziert habe, sollte deutlich machen, dass die Zukunft der Demokratie im 21. Jahrhundert auf dem Spiel steht.

Warum sollten wir das bedauern? Sollten wir nicht eher die oben genannten politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Phänomene als Indikatoren betrachten, dass die Demokratie als Staatsform überholt ist? Denn als Staatsform dient die Demokratie dem Begriff nach dem „Demos“ – dem Volk – und lebt aus dessen aktiver Partizipation in politischen Prozessen. Deswegen lässt sich behaupten, dass die Tatsache, dass sich das Volk weitgehend gegen die Demokratie wendet, ein Zeichen ist, dass wir nun alternative, ganz neue Staatsformen und Institutionen brauchen. Ich denke, wir sollten diese Frage ernst nehmen und uns nicht unreflektiert der Demokratie als der vermeintlich einzigen guten Staatsform verpflichten. Dennoch bin ich der Meinung, dass die Demokratie als Staats- und auch als Lebensform weiterhin zu befürworten und zu fördern ist, vor allem wegen der Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die sie normativ untermauern. Das heißt allerdings nicht, dass neue Arten von demokratischen Institutionen und neue Modi des Umgangs mit diesen Institutionen nicht notwendig sind. Im Gegenteil: Angesichts der komplexen Herausforderungen, die sich gegenwärtig für die demokratische Partizipation stellen, ist meines Erachtens eine grundlegende Umgestaltung vieler bestehender demokratischer Institutionen erforderlich, zusammen mit neuartigen demokratischen Praktiken und Gepflogenheiten.

Gibt es Wege, die zum Wiederaufleben der demokratischen Partizipation führen könnten?

Ich behaupte „ja“. Es waren deutsche Philosoph*innen, die nach der Katastrophe des Dritten

Reichs festmachten, dass funktionierende Demokratien Partizipation über formale Wahlakte hinaus benötigen. Jürgen Habermas betonte die Bedeutung rationaler, inklusiver Diskurse, Hannah Arendt das gemeinsame politische Handeln im öffentlichen Raum. Ich möchte hieraus Schlussfolgerungen für die Bewältigung der Herausforderungen ziehen, vor denen wir heute stehen:

Sich für die Demokratie einzusetzen, heißt zunächst die weitverbreitete demokratische Entfremdung ernst zu nehmen und den tieferliegenden Gründen dafür nachzugehen, zu denen die soziale Ungleichheit zweifellos gehört. Es heißt ferner sich gegen den ökonomischen Neoliberalismus und die damit verbundene global bestimmende Macht von „Big Tech“ und der Finanzmärkte zu widersetzen und sich für die Regelung menschlicher Gesellschaften durch *politische* Institutionen einzusetzen. Schließlich bedeutet es, die demokratischen Potentiale der Digitalisierung „Big Tech“ zu entreißen und sie im Interesse aller Menschen auf dem Planet einzusetzen.

Ein solcher Kampf für die Demokratie kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn einige Vorbedingungen erfüllt werden. Erstens muss dieses demokratische Bestreben auf einer exakten gesellschaftlichen Diagnose basieren, die die zu behebenden Missstände akkurat identifiziert und erklärt. Eine ethisch orientierte Politik bzw. politische Theorie ist jedoch auch unentbehrlich. Mit „ethisch orientiert“ meine ich eine Politik, die ein „gutes Leben“ für jeden und für alle in einer entsprechenden „guten Gesellschaft“ anvisiert und sich zum Ziel setzt, diese Vision durch konkrete politische Vorschläge zu realisieren. Wenn ich hier von einem „guten Leben“ bzw. einer „guten Gesellschaft“ spreche, meine ich „gut“ in einem nicht nur funktionalen oder instrumentellen, sondern vor allem ethischen Sinn, wobei freilich subjektive Perspektiven auf ein ethisch gutes Leben sehr unterschiedlich sein

können. Die Unterschiedlichkeit subjektiver Perspektiven auf das „gute Leben“ kann als zusätzliche Herausforderung für die demokratische Partizipation aufgefasst werden. Ich betrachte die Vielfältigkeit der Perspektiven eher positiv, als Ressource für ein gegenseitiges Lernen, das ich als einen Prozess verstehe, indem sich jede Person in kommunikativen Auseinandersetzungen mit anderen Personen gerade durch die Differenzen in ihren Weltansichten weiterbilden kann.

Ich möchte nun einige Thesen aufstellen zu den oben erwähnten Problemen der demokratischen Entfremdung, des Autoritarismus, der Erstickung der demokratischen Potentiale der Digitalisierung und der gesellschaftlichen Ungleichheit. Sie sollen jeweils auf einen Weg nach vorn weisen.

Meine erste These lautet: Der Weg zu einer zukünftigen politischen Lebensform, deren Zusammenhalt und Weiterentwicklung durch die demokratische Partizipation gesichert wird, muss selbst ein *demokratischer* Weg sein. Sonst besteht die historisch belegte Wahrscheinlichkeit, dass die Realisierung der demokratischen Utopie daran scheitern wird, dass die vorherrschenden Verhaltensmuster, Lebensgewohnheiten und Bräuche nichtdemokratisch oder sogar anti-demokratisch sind. Diese These stellt jedoch eine schwierige Frage in den Raum: Wie können diejenigen, die eine solche demokratische Zukunft anvisieren, ihre demokratisch entfremdeten Mitmenschen für die anvisierte Zukunft gewinnen?

Wie vorhin erläutert, muss die Antwort auf diese Frage die *bestehenden* gesellschaftlichen Verhältnisse und subjektiven Empfindungen von Bedürfnissen, Wünschen und Hoffnungen ernstnehmen. Ich habe jedoch anfangs angedeutet, dass sich die gegenwärtige weltweite Steigung autoritärer, sogar faschistischer Tendenzen wenigstens zum Teil auf eine

demokratische Entfremdung zurückführen lässt. Meine Erklärung dafür war die weitverbreitete Wahrnehmung, dass die heutige demokratische Politik ausschließlich den Interessen der privilegierten gesellschaftlichen Schichten dient. Wenn dem so ist, werden utopische Visionen einer demokratischen Zukunft Menschen für diese politische Lebensform nur dann gewinnen können, wenn die Bewältigung der sozialen Ungleichheit zur politischen Priorität gemacht wird und politische Strategien eingeführt werden, die die erforderlichen tiefgehenden gesellschaftlichen Veränderungen bewirken. Aber damit stoßen wir auf ein weiteres Problem.

Wie vorhin bemerkt, macht der gegenwärtige ökonomische Neoliberalismus ein menschliches Stereotyp stark, das für viele Menschen zum Vorbild geworden ist und weitgehend Bewunderung erweckt: das Bild eines Einzelgängers, der sich durch innovative Brillanz auszeichnet und keinen Hehl daraus macht, dass das eigene Wohlergehen seine Priorität ist, wofür die wirtschaftliche Privatisierung und Deregulierung unabdingbar ist. Mit diesem Vorbild verbunden sind staatsfeindliche Tendenzen und eine Verachtung der demokratischen Politik. Ich habe ferner beobachtet, dass der gegenwärtige ökonomische Neoliberalismus vom weltweiten Rückgang politischer Macht ablenkt und die immer mehr zunehmende Macht eines unregulierten, global wirkenden, kapitalistischen Markts kaschiert. Meine zweite These lautet daher: Die für die demokratische Partizipation notwendige soziale Gleichheit erfordert das Sichtbarmachen der zur Zeit kaschierten Herrschaft des Markts und die Umleitung des Zorns der gesellschaftlich unterprivilegierten Schichten von der Staatspolitik auf den neoliberalen Kapitalismus. Mit dieser zweiten These stellt sich jedoch noch einmal die Frage: Wie können Fürsprecher der demokratischen Partizipation ihre demokratisch entfremdeten Mitmenschen für einen gemeinsamen Kampf gegen den neoliberalen Kapitalismus gewinnen?

Eine erste Antwort auf diese Frage ist, dass die sogenannte „digitale Revolution“ dabei behilflich sein könnte. Die globale digitale Vernetzung ermöglicht eine weltumfassende politische Kommunikation, die genuin inklusiv, offen und egalitär wäre. Vollkommen neue Formen von inklusiven, offenen und egalitären politischen Beratungen und Entscheidungen unter allen Menschen auf dem Planeten sind denkbar. Aber auch in dieser Hinsicht besteht für Fürsprecher der demokratischen Partizipation ein Dilemma, weil genau das Gegenteil passiert ist: Die globale digitale Vernetzung befördert gegenwärtig keine weltweite globale demokratische Partizipation, sondern stattdessen Echokammern, in denen sich Gleichgesinnte gegenseitig in ihren Meinungen bestätigen, wobei sie andere Meinungen, Gegenargumente und abweichende Fakten ausblenden und ignorieren; darüber hinaus werden oft Menschen außerhalb der jeweiligen Echokammer verteufelt, weil sie die darin vertretenen Meinungen nicht teilen. Echokammern sind offensichtlich eine negative Folge der Manipulation der Öffentlichkeit durch riesige Technologiekonzerne, von der ich anfangs gesprochen habe. Es sieht daher aus, wie wenn wir in einem Teufelskreis befangen sind: Die digitale Vernetzung könnte helfen, den ökonomischen Neoliberalismus zu bekämpfen, was für die Verwirklichung von zukünftigen genuin demokratischen Lebensformen notwendig ist, aber die Digitalisierung ist eine Kernkomponente des gegenwärtigen ökonomischen Neoliberalismus.

Ein Teufelskreis ist eine scheinbar ausweglose Situation, bei der sich die einschlägigen Faktoren gegenseitig verstärken, mit der Wirkung, dass jeder Versuch aus dem Kreis herauszukommen zu noch tieferer Verfangenheit führt. Vielleicht gibt es tatsächlich Teufelskreise. Ich möchte jedoch behaupten, dass das oben beschriebene Dilemma keines ist. Denn es gibt Auswege. Wir sind nicht für immer und ewig verdammt, uns wehrlos den Manipulationen der Technologiekonzerne auszuliefern sowie den wirtschaftlichen und

politischen Interessen, die sie bedienen. Allerdings müssen Fürsprecher der demokratischen Partizipation die Auswege selber suchen und sich dabei bemühen, ihre demokratisch entfremdeten Mitmenschen umzuorientieren und für den Kampf gegen den Neoliberalismus zu gewinnen. Die Verwirklichungsfrage, die dadurch entsteht, lässt sich daher nicht *abstrakt* beantworten. Meine dritte und letzte These lautet daher: Fürsprecher der demokratischen Partizipation müssen *selber*, in Kooperation mit ihren demokratisch entfremdeten Mitmenschen, in den konkreten historischen und geopolitischen Kontexten, in denen sie sich jeweils befinden, die neuen Wege suchen, die für die Verwirklichung einer demokratischen Utopie erforderlich sind.

Warum lässt sich die Verwirklichungsfrage nicht abstrakt, auf einer allgemeiner Ebene, eventuell sogar theoretisch beantworten? Ich vertrete die Meinung, dass solche Fragen grundsätzlich kontextspezifisch sind. Erstens weil die Handlungen und Praktiken, die zur Realisierung einer jeweiligen utopischen Vision beitragen könnten, von der besonderen geschichtlichen Entwicklung und geopolitischen Lage der angesprochenen Menschengruppen abhängen, sowie von mannigfaltigen gesellschaftlichen Faktoren wie Bildungsstand und materieller Versorgung. Hinzu kommt eine weitere Überlegung: Abstrakte Anweisungen zur Verwirklichung einer utopischen Vision laufen Gefahr, politische Lebensformen zustande zu bringen, die sich trotz ihres demokratischen Anspruchs nicht als befreiend sondern als unterdrückend erweisen. *Abstrakte* utopische Visionen bergen die Gefahr, dass sie eine bestimmte Lebensform ihren Adressaten *auf autoritäre Weise* auferlegen. Ich nenne solche abstrakten Visionen „schlechte Utopien“. Schlechte Utopien werden ihren Adressaten oktroyiert, ohne deren eigentlichen Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen ernst zu nehmen. Das heißt jedoch nicht, die gesellschaftlich vorherrschenden Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen fraglos zu akzeptieren. Im Gegenteil: Im

gegenwärtigen Kontext der anthropogenen ökologischen Katastrophe verstärken und beschleunigen viele subjektiv für wichtig gehaltene menschliche Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen die Zerstörung des Planeten. (Nebenbei bemerkt, bin ich daher der Meinung, dass die Verwirklichung einer im ökologischen Sinn „guten Gesellschaft“ mit einer tiefgehenden ethischen Umorientierung gekoppelt sein muss.)

Ich habe vor abstrakten Anweisungen gewarnt, die Lösungen für die bestehende demokratische Entfremdung bieten, die vermeintlich allgemein anwendbar sind, ohne die kontextspezifischen Ursachen der Entfremdung und der jeweiligen Zwänge und Befreiungsmöglichkeiten berücksichtigen zu müssen. Beispielsweise hielte ich daher den Versuch, den erstaunlichen Erfolg des neuen Bürgermeisters von New York in Deutschland unreflektiert nachzumachen, für einen potenziell gefährlichen Irrweg. Wie Sie wohl wissen, gehört Bürgermeister Zohran Mamdani der Partei der *Democratic Socialists of America* an. Er scheint den engen Zusammenhang zwischen demokratischer Partizipation und Sozialismus wahrzunehmen, den ich vorhin hervorgehoben habe. Ihm ist innerhalb kürzester Zeit gelungen, bislang vollkommen undenkbar politische Maßnahmen in New York einzuführen, die bei der überwiegenden Mehrheit der Stadtbewohner nun Zustimmung finden. Zu den vielfältigen Faktoren, die Mamdanis beeindruckenden und überraschenden Erfolg erklären könnten, gehört jedoch der phänomenale Erfolg von Donald Trump als Präsident der USA, den Mamdani äußerst geschickt zu kontern versteht – übrigens ähnlich wie Trump anhand einer extrem schlaun und gekonnten Verwendung der neuen sozialen Medien. Dadurch scheint es Mamdani gelungen zu sein, sich auf überzeugende Weise als Trumps sozialistisches Gegenbild zu präsentieren. Allein der in Mamdanis Fall kontextspezifische Trump-Faktor zeigt, dass es ein potenziell gefährlicher Fehler wäre, seine

Politik als allgemein anzuwendende Blaupause zu betrachten, etwa für die Gewinnung der Rechtsradikalen in Sachsen-Anhalt für den demokratischen Sozialismus.

Diese Hervorhebung der Kontextspezifität der Verwirklichungsfrage mag enttäuschen. Viele von Ihnen wollten sicher konkrete Ratschläge hören und Anleitungen bekommen für die Rettung und Beförderung der demokratischen Partizipation auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Aber auch wenn ich Sie enttäuschen werde, insistiere ich darauf, dass die politische Theorie, wenn sie genuin demokratisch ausgerichtet ist, bei der Beantwortung dieser Frage zurückhaltend bleiben muss. Dennoch kann die politische Theorie bei der Verwirklichungsfrage behilflich sein. Sie trägt auf theoretischer Ebene dazu bei, indem sie darauf aufmerksam macht, dass auch eine tiefgehende Umgestaltung der ganzen Gesellschaft keinen *radikalen Bruch* mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen bedeuten muss, sondern auch in kleinen Schritten durch mannigfaltige Kleininitiativen und Kleinexperimente bewirkt werden kann. In dieser Hinsicht können Fürsprecher der demokratischen Partizipation am Beispiel von Mamdani in New York durchaus einiges lernen: Etwa von der finanziellen Subvention von zweiwöchentlichen „date nights“ für überarbeitete Eltern, die er eingeführt hat, damit sie sich miteinander zum gemeinsamen Ausbruch aus dem Alltag verabreden können. Oder aber von den Abendschulstunden, die er in verschiedenen Stadtteilen organisiert, wo eine bunte Mischung aus New Yorkern kritische politische Texte aus dem 19. Jahrhundert zusammen lesen. Wenn ich behaupte, Fürsprecher der demokratischen Partizipation könnten sich an Mamdanis Politik ein Beispiel nehmen, meine ich natürlich nicht exakt *diese* Initiativen und Experimente. Ich meine vielmehr, dass wir aus dem Mut, der Fantasie und der kreativen Energie der Politik von Mamdani Anregungen bekommen können, wie unsere demokratisch entfremdeten Mitmenschen in

unseren eigenen, möglicherweise ganz anderen, geschichtlichen und geopolitischen Kontexten für den demokratischen Sozialismus gewonnen werden könnten.

Mit dieser letzten These will ich Ihr Augenmerk darauf lenken, dass auch tiefgehende gesellschaftliche Veränderungen in kleinen Schritten zustande kommen und durch Kleininitiativen und Kleinexperimente in Gang gesetzt werden können. Damit komme ich zu meiner anfänglichen Beobachtung zur gegenwärtigen ökologischen Katastrophe zurück. Ich habe anfangs auf das Spannungsverhältnis aufmerksam gemacht zwischen der Dringlichkeit der Handlungsnotwendigkeit bezüglich der ökologischen Katastrophe und der demokratischen Partizipation, die ein langer und zeitaufwendiger Prozess ist. An dieser Stelle möchte ich noch einmal unterstreichen, dass Kleininitiativen und Kleinexperimente auch zu radikalen gesellschaftlichen Veränderungen beitragen können. Die Art von Kleinspolitik, die Mamdani gegenwärtig betreibt, eignet sich meines Erachtens sehr viel besser als jeden autoritären Weg zu einer robust demokratischen Gesellschaft, die auch eine ökologische Utopie werden könnte.